

Das Eigenwohnhaus des Bürgers.

Von Louis Strunk in Kiel.

(Schluß zu Nr. 4.)

Soll ein Wintergarten angelegt werden, so kann bezüglich seiner günstigsten Lage gegenüber den anderen Räumen nur von Fall zu Fall entschieden werden. Wir haben die Möglichkeit einer Verbindung mit dem Empfangs- und Damenzimmer bereits erwähnt. So dürfte auch eine Verbindung des Wintergartens mit dem Wohnzimmer, dem Eßzimmer oder dem Herrenzimmer erwünscht sein. Die Lage gegenüber den Himmelsrichtungen kann natürlich nur eine sonstige sein. Besitzt der Wintergarten massive Außenmauern, so ist die Anordnung großer Fensteröffnungen zu empfehlen. Noch besser setzen sich die Außenwände des Wintergartens aus verglastem Eisensprossenwerk zusammen. An diesen Wänden erfolgt im Innern die Befestigung der Blumenbretter, die zur Aufnahme der Pflanzen bestimmt sind. Außerdem wird man an den massiven Innenwänden derartige Blumenbretter anbringen, und in der Mitte des Raumes ein größeres, nach oben schmäler werdendes Gestell, welches gleichzeitig zur Aufnahme von Pflanzen bestimmt ist, zur Aufstellung bringen. Läßt es die Größe des Wintergartens zu, dann wird man hier, unter Verwendung von Rohrmöbeln, lauschige Sitzplätze schaffen. Der Fußboden des Wintergartens ist massiv und mit Gefälle nach einem Abflußrohr herzustellen. Die Beheizung des Wintergartens erfolgt mittelst einiger Heizschlangen, die durch den Raum geführt werden.

Die Räume des Erdgeschosses haben nunmehr, bis auf den Abort, in dieser Beschreibung Berücksichtigung gefunden. Der Abort sollte in solchem Hause nicht ohne Vorraum, der die Waschgelegenheit aufzunehmen hätte, zur Ausführung gelangen. Vorraum und Abortraum erhalten massiven Fußboden, und wenn die Mittel das noch erlauben, eine Wandbekleidung mit weißen Fliesen in einer Höhe von etwa 1,50 m. Lassen es die örtlichen Verhältnisse zu, so wird man den Abort als Spülabort einrichten und ihm vor allen Dingen eine Lage nach Norden geben.

Es bleibt nunmehr für das Obergeschoß, das ausgebauten Dachgeschoß, noch die Beschreibung der Schlafzimmer nach. Den Schlafzimmern, die täglich benutzt werden, wird man möglichst die Lage nach Osten einräumen. Mädchenzimmer, Fremdenzimmer und Badezimmer müssen sich mit einer Lage nach Südosten oder Südwesten begnügen. Die Dachschrägen sind unter Vermeidung spitzer Winkel möglichst als Kleiderschränke auszunutzen, die so herzustellen sind, daß eine gründliche Reinigung leicht möglich ist.

Das Schlafzimmer der Eltern sei besonders groß, da es zeitweise noch ein Kinderbett für das oder die Kleinsten aufnehmen soll. Wenn möglich, ist ihm eine Ankleidenische oder ein kleines Ankleidezimmer anzuschließen, das in Krankheitsfällen nötigenfalls noch als Schlafzimmer zur Verfügung steht. Eine übermäßige Höhe der Räume ist auch für ein Schlafzimmer vollständig zwecklos. Um eine gründliche Durchlüftung ermöglichen zu können, müssen die Fenster mit ihrer Oberkante dicht unter der Decke sitzen. Daß Fenster und Türen so anzuordnen sind, daß sich günstige Stellplätze für die Möbel, besonders für die Betten, ergeben, versteht sich von selbst. Bei einem Neubau wird man auch in den Schlafzimmern das Tapezieren in den ersten beiden Jahren vermeiden und nur dazu schreiten, wenn

der Neubau vor seiner Benutzung Zeit zur vollständigen Austrocknung, nötigenfalls unter Inbetriebnahme der Zentralheizung hatte. Ist es nicht möglich, die Schlafzimmer zu tapezieren, so genügt für die erste Zeit ein einfacher, blauer Kalkfarbenanstrich. Im anderen Falle wird man die Wände mit einfarbigem sogenannten Makulaturpapier bekleben und mit blauer Leimfarbe streichen. Eine schlichte Bilderleiste bildet den Abschluß gegen die Deckenfläche oder die oberen Wandteile, denn nicht bis zur Decke, sondern bis etwa 40 cm von der Decke entfernt wird man die Wände bekleben. Die sämtlichen Holzteile der Türen, Fenster und Fußleisten sowie die Türen usw. der festeingebauten Schränke wird man in den Schlafzimmern weiß streichen und lackieren. Als Fußbodenbelag eignet sich für ein Schlafzimmer in erster Linie der Linoleumbelag, der aber auf keinen Fall in einem Neubau auf Bretterfußboden verlegt werden darf, da der Holzfußboden, wie die Erfahrung lehrt, sich in einer Zeit von zwei Jahren in Holzstaub verwandelt. Für solche Fälle, wo bei der Ausführung gewöhnlicher Holzbalkendecken für die Schlafzimmer Linoleumbelag gewünscht wurde, hat sich die Terrast-Decke vorzüglich bewährt, vorausgesetzt, daß sie genügende Zeit zum Abbinden hatte. Diese aus doppelter Drahteinlage und Betonfüllung bestehende Decke erspart den Einschub und den Lehm- und Sandauftrag. Es empfiehlt sich aber nicht, die oberste Schicht dieser Decke als Zementestrich auszuführen, da dieser Estrich, der gleichzeitig als Auflager des Linoleumbelags dient, nach langer Zeit noch „schwitzt“, sich also zum Aufkleben des Linoleums wenig eignet. Es dürfte richtiger sein, über der rauh zu haltenden Abgleichung der Terrastdecke einen Korkgipsestrich auszuführen, der für Linoleumbelag die beste Unterlage bietet. Sind die Mittel für eine derartige, schon ziemlich kostspielige Deckenkonstruktion mit Linoleumbelag nicht vorhanden, so bleibe man bei der altbewährten, guten Riemenbelag, die ihren Zweck als Fußbodenbelag voll und ganz erfüllen wird. Kommen für die Schlafzimmer Metallbettstellen zur Verwendung, so wird man, ebenso wie bei den Holzbettstellen alle Holzteile, hier alle Eisenteile ganz hell, wenn nicht geradezu weiß lackieren. Der weiße Anstrich sollte überhaupt bei allen Möbeln und Bauteilen, deren Reinhaltung man sozusagen beaufsichtigen möchte, Anwendung finden. Der weiße Anstrich schmutzt nicht schneller wie jeder andere Anstrich, nur ist das dabei, daß man beim weißen Anstrich den Schmutz sieht, also gezwungen ist, ihn zu entfernen. Das scheint aber gerade bei den Schlafzimmern wünschenswert, so man Wert auf gesundheitlich einwandfreie Schlafräume legt. Mehr noch wie die Möbel jedes anderen Raumes müssen die Schlafzimmereinrichtung: Betten, Nachtschränke, Wäscheschränke, Waschtisch, Spiegeltisch usw. einfach und schlicht sein, um alle unnötigen Staubablagerungsstellen nach Möglichkeit zu vermeiden. Portièren bei den Türen, Behänge über den Betten und sonstige überflüssige „Dekorationen“ sind im Schlafzimmer verpönt. Glatte Muldivorhänge zum Zuziehen am Tage, und dickere, aber gleichfalls glatte Vorhänge zum Schließen in der Nacht erfüllen als Fensterbehänge vollständig ihren Zweck. Als Teppiche können nur Bettvorleger und ein kleines Stück vor dem Spiegeltisch in Frage kommen. Größere Teppiche, die nicht täglich im Freien ausgeklopft und gelüftet werden können, müssen im Schlafzimmer vermieden werden. Die Heizkörper sollten im Schlafzimmer ohne weiteres frei stehen

bleiben, um schwer zu reinigende Ecken zu vermeiden. Für die Beleuchtung genügt bei elektrischem Licht eine wenigerke Lampe, welche in einem ampelartigen Beleuchtungskörper Aufnahme findet und sowohl von der Tür als auch von den Betten aus ein- und ausgeschaltet werden kann. Für das Elternschlafzimmer und die Kinderschlafzimmer sollte ein gemeinschaftlicher größerer Austritt (Balkon) vorhanden sein, der die Möglichkeit bietet, wenigstens bei günstiger Witterung die Betten regelmäßig zu lüften. Dieser Austritt sollte mit seinem Fußboden etwas tiefer als der Fußboden der Schlafzimmer liegen. Die Austrittsbrüstung muß, sind kleine Kinder vorhanden, entsprechend hoch und so ausgeführt sein, daß ein Hochklettern ausgeschlossen ist.

Das über die vorgeschriebenen Schlafzimmer Gesagte trifft im großen ganzen auch für die Fremdenzimmer zu. Auch hier wäre mit Rücksicht auf die Gäste, besonders bei schöner und geschützter Lage, ein Austritt erwünscht. Die Mädchenzimmer sind, wenn auch einfach, aber doch so auszuführen und einzurichten, daß sie als menschenwürdige Schlafräume angesehen werden können. Keinesfalls sollte man das Mädchenzimmer des Eigenhauses im Erdgeschoß mit dem Eingang von der Küche anordnen. Das ist ein Nothbehelf des großstädtischen Mietshauses-Grundrisses, der beim freistehenden Einfamilienwohnhaus jeder Berechtigung entbehrt. Ein von der Küche zugängliches Schlafzimmer ist, erst recht als Mädchenzimmer, für das Eigenwohnhaus ein Uebling.

Das Badezimmer liegt zweckmäßig neben der Ankleidenische oder dem Ankleideraum des Elternschlafzimmers. Es muß außer dem Zugang von diesem einen solchen von der Diele haben, um seine Benutzung auch von den Kinderschlafzimmern und Fremdenzimmern unabhängig vom Elternschlafzimmer zu ermöglichen. Wenn die Zuleitung von Gas möglich ist, wird man im Badezimmer zur Bereitung des heißen Wassers selbstverständlich einen Gas-Boiler aufstellen. Dieser Ofen hängt über der Gubeisernen, innen weiß emaillierten Wanne und nimmt wenig Platz in Anspruch.

Ist die Möglichkeit zur Einrichtung von Spülaborten vorhanden, so wird man dem Eigenwohnhaus in diesem ausgebauten Dachgeschoß einen zweiten Abortraum geben, der besonders, denkt man an Krankheitsfälle, unerläßlich ist und nur vermieden wird, wenn z. B. beim Eimersystem unangenehme Begleiterscheinungen mit seinem Vorhandensein verknüpft sind.

Haben wir uns vorstehend über die Einrichtung und Ausstattung der beiden Wohngeschosse geäußert, so bleibt jetzt noch übrig, die im Dachboden und Kellergeschoß unterzubringenden Räume zu beschreiben. Der über dem ausgebauten Dachgeschoß befindliche Bodenraum dient bei ungünstiger Witterung als Trockenboden. In einer Gegend mit rauhem Klima wird man meistens auf diesen Trockenboden angewiesen sein und deshalb die Waschküche hier oben einbauen, was bezüglich der Wasserundurchlässigkeit des Waschküchenfußbodens usw. mit der Anwendung umständlicher und kostspieliger Konstruktionen verknüpft ist. In einer Gegend mit mildem Klima wird man einen Teil des Gartens als Kassenfläche anlegen und diese gerne als Waschebleiche benutzen. Hier wäre die Lage der Waschküche im Keller die richtige. Die Anlage der Waschküche im Keller bezeugt kaum irgendwelchen Schwierigkeiten. Es sei denn, daß das Entwässerungsrohr nicht genügend tief liegt, um auch die Fußboden-Entwässerung der

Waschküche aufzunehmen. Im äußersten Falle wäre man gezwungen, die Waschküche im Erdgeschoß in der Nähe der Kochküche so anzulegen, daß sie von dieser aus gleichzeitig als Spülräum benutzt werden kann. Je nach den besonderen Verhältnissen empfiehlt es sich, diesen Raum mit einem kleinen Raume für Gartengeräte in einem kleineren Ausbau oder Anbau unterzubringen. Dieser Ausbau würde, eine günstige Lage vorausgesetzt, in seiner oberen Abdeckung eine gute Gelegenheit zur Schaffung eines größeren Austritts für die Schlafzimmer im ausgebauten Dachgeschoß bieten und zum Anslüften der Betten gute Dienste leisten.

Ist somit das Wichtigste über die innere Anlage, Ausstattung und Einrichtung des Eigenwohnhauses gesagt, so bliebe nur noch übrig, die äußere Gestaltung des Gebäudes zu streifen und das Wichtigste über den Hausgarten zu bringen. Wie bei jedem anderen folgerichtig durchgebildeten Gebäude, ergibt sich auch die äußere Gestaltung des Eigenwohnhauses aus dem inneren Zweckbedürfnisse. Die Lage und Größe der Fenster jedes einzelnen Raumes ist von der Möblierungsmöglichkeit und der Zweckbestimmung des Raumes abhängig. Ein Abortfenster z. B. sollte eben nur ein Abortfenster und nichts weiter sein und sich auch nach außen hin als solches zeigen. Dieses strenge äußere Zum-Ausdruck-Bringen der inneren Gestaltung gibt jedem Gebäude ein eigenes selbständiges Gepräge. Es gleicht wohl seinem Nachbarn zur Linken und Rechten, wie sich nahe Verwandte gleichen können, und das ist natürlich, da es einem ähnlichen Zwecke wie diese dient und sich ebenso wie sie aus heimischen Werkstoffen aufbaut. Jedes Gebäude aber kann und muß, da es auch oft grundverschiedenen Menschen zum Aufenthalte dient, im Äußeren ein anderes Aussehen zeigen, es kann sich in diesem Äußeren von seinem Nachbarn abheben, ohne in aufdringlicher Weise hervorzutreten. Es ist also durchaus nicht nötig, daß alle diese Eigenwohnhäuser einer Ansiedlung ohne irgendwelche Abwechslung etwa als Backsteinbauten ausgeführt und alle Dächer gleichmäßig mit roten Pfannen eingedeckt werden. Das könnte, wie ausgeführte Beispiele zeigen, recht langweilig werden. Eine immer gleichmäßig wiederkehrende Abwechslung aber, z. B. Putzbau — Backsteinbau, Schieferdach — Pfannendach, würde erst recht anöden, da diese Abwechslung künstlich erreicht wurde und deshalb unnatürlich wirkt. Man sollte es deshalb dem einzelnen Architekten überlassen, für das von ihm zu bauende Haus aus dem großen Vorrat bodenständiger Werkstoffe die auszusuchen, die ihm für seine Arbeit geeignet erscheinen. Dann ergibt sich im Straßenbilde eine Abwechslung, die nicht nach einem Schema festgelegt wurde, sondern sich von selbst ergab und deshalb natürlich und angenehm wirkt. Werden zwei Eigenwohnhäuser als ein Doppelhaus angeführt, so ist es ja natürlich, daß sich die linke und rechte Hälfte zusammen als ein Ganzes darstellen müssen. Es ist deshalb noch nicht nötig, daß eine Haus als Spiegelbild des andern, das Doppelhaus symmetrisch auszuführen. Es kann im Äußeren ohne Bedenken zum Ausdruck gebracht werden, daß die beiden Haushälften zwei ganz verschiedenen Familien als Heim dienen, daß die einzelnen links und rechts liegenden Räume ganz verschiedenen Zwecken dienen usw.

Nach diesen Erörterungen bleibt noch ein Wort über die Gestaltung des Gartens zu sagen übrig. Auch die Gartenkunst hat in den letzten Jahren einen großen Umschwung erlebt. Man gefällt sich nicht mehr in der An-

legung von künstlichen Bergen mit Ruinen, Tälern mit Seen, Wasserfällen usw., und das alles auf einem rund 800 qm großen Grundstück. Es konnte nicht ausbleiben, daß die Landschaftsgärtner in einer Zeit der Sentimentalität und Romantik, dem Beispiele der Architekten folgend, Werke schufen, die als Theaterdekorationen vielleicht gute Dienste geleistet hätten, als Kunstwerke von kultureller Bedeutung, wie sie die Zeiten der Renaissance, des Barock und Rokoko hervorbrachten, niemals in Betracht kommen konnten. Da besonders bei dem Einfamilienwohnhaushaus die Wohnung mit dem Garten in engstem Zusammenhange steht, so konnte es nicht ausbleiben, daß die Gesundheit der Wohnkultur in diesen Eigenhäusern auch eine Gesundheit des zur Wohnung gehörenden Gartens bringen mußte. So wie man beim Bau des Hauses höchste künstlerische Vollendung in der Erzielung einer dem besonderen Zwecke, der Eigenart des Bewohners, den wirtschaftlichen Verhältnissen des Auftraggebers, der Gegend, den zur Verwendung kommenden Baustoffen usw. entsprechenden Lösung, unter Erfüllung der zu stellenden ästhetischen Forderungen, erblickt, so sollte man auch in der Anlage des Gartens dieses Ziel, die Erfüllung aller dieser Bedingungen, anstreben. Da ist das Wiederauftauchen des Formalen, das wir einer Zeit entlehnen, die etwa 200 Jahre zurückliegt und das bei der Anlage der neuzeitlichen Gärten zum Ausdruck kommt, nur freudig zu begrüßen. Alte Bauerngärten, die stimmungsvollen Gärten alter Pastorate, sie atmen einen Geist, den wir bei unsern Landhausgärten meistens vergebens suchen. Gewiß spricht gerade beim Garten das Alter mit. Es ist aber nicht anzunehmen, daß diese künstlichen Ruinen auf Bergen, diese Wasserfälle in Tälern nach 100 Jahren einen weniger lächerlichen Eindruck machen als heute. Es kann nur einmal nicht jedes Privatgärtchen eine andere große romantische Landschaft darstellen. Das Eigenwohnhaus des Bürgers braucht einen Garten, in dem sich die Hausfrau ihrer Liebhaberei, der Blumenzucht, hingeben kann, in dem sie auch einiges Gemüse, und sei es nur des Vergnügens wegen, züchtet. Eine größere Rasenfläche muß als Bleiche dienen können, was nicht ausschließt, daß diese Rasenfläche stets gut gepflegt wird. Vor allen Dingen muß den Kindern ein Tummelplatz zur Verfügung stehen. Daß man im Hausgarten des Eigenhauses geschützt liegende Sitzplätze wünscht, von denen man das Spiel der Kinder überwachen, den Garten, die Hauseingänge möglichst überschauen kann, ohne eine Störung durch die Nachbarn und die auf der Straße Vorübergehenden befürchten zu müssen, ist natürlich. Nicht Wege ohne irgendwelches Ziel, Blumenbeete, die nicht erreichbar usw. usw., sondern eine rein sachliche Aufteilung der zur Verfügung stehenden verhältnismäßig kleinen Fläche in Wege, Sitzplätze, Spielplätze, Rasenflächen und Beete, an deren Bepflanzung man sich vom Wege aus erfreuen kann, kann eine befriedigende Lösung für den Hausgarten unseres Eigenwohnhauses des Bürgers bringen.



Die Lohnnachweisungen für die Berufsgenossenschaften.

Nachdruck verboten.

Bis zum 11. Februar d. J. sind seitens der Mitglieder der Berufsgenossenschaften die Lohnnachweisungen einzureichen; bei nicht rechtzeitiger Einreichung erfolgt

deren Aufstellung durch den Genossenschafts- bzw. Sektionsvorstand.

Dies sind in kurzem Auszuge die Bestimmungen des Gewerbe-Unfall-Versicherungs-Gesetzes, welche zu Anfang jedes Jahres seitens der Gewerbetreibenden zu beachten sind.

Kurz sei hier auf die Leistungen der Berufsgenossenschaft hingewiesen. Gegenstand der Versicherung ist nach § 8 des Gesetzes der Ersatz des Schadens, welcher durch Körperverletzung oder Tötung entsteht. Der Versicherte kann, wenn er durch einen Betriebsunfall verletzt wird, verlangen: freie ärztliche Behandlung, freie Arznei und andere Heilmittel, ferner freie Hilfsmittel, wie Krücken, Brillen usw., endlich aber auch eine Rente, solange er ganz oder teilweise erwerbsunfähig ist. Hat weiterhin der Betriebsunfall den Tod des Versicherten zur Folge, so haben seine Hinterbliebenen Anspruch auf Sterbegeld und auf eine Rente. Dem Verletzten selbst kann auch an Stelle ärztlicher Behandlung und Rente freie Kur und Verpfllegung in einer Heilanstalt gewährt werden. Während dieser Zeit steht aber trotzdem seinen Angehörigen eine Rente zu. An Stelle dauernder kleinerer Renten kann aber auch noch eine einmalige Abfindung treten, ferner auch Aufnahme in ein Invalidenhaus oder eine ähnliche Anstalt gewährt werden.

Aus diesem kurzen Auszuge ist ersichtlich, daß den Leistungen an Beiträgen erhebliche Leistungen der Berufsgenossenschaften gegenüberstehen. Das Gesetz bringt also dem Arbeitgeber eine Entlastung, indem es ihm das ganze Risiko abnimmt und auf die Allgemeinheit verteilt.

Um aber die Inhaber milder gefährlicher Betriebe nicht zu den Unkosten der gefährlichen mit heranzuziehen, sind die einzelnen Erwerbsgruppen in Berufsgenossenschaften zusammengeworfen. Diese werden für bestimmte Gewerbe zweig und für bestimmte örtliche Bezirke gebildet. Die Beiträge werden durch alljährlich festzusetzende Umlagen erhoben, auf welche die Genossenschaften Vorschüsse einzuziehen berechtigt sind.

Versicherungspflichtig sind alle Betriebe, in denen irgendwelche Gegenstände bearbeitet oder verarbeitet werden und wo gewöhnlich mehr als 10 Arbeiter beschäftigt werden. Außerdem sind solche Betriebe versicherungspflichtig, die zwar weniger als 10 Arbeiter beschäftigen, bei denen aber die Arbeiter besonderen Gefahren ausgesetzt sind. Hierzu gehören alle Werkstätten, in welchen regelmäßig Dampf-, Wasser-, Gas-, elektrische oder sonst elementare Kraft benützt wird, ferner noch eine große Anzahl sonstiger handwerklicher Kleinbetriebe.

Weiterhin ist es den Berufsgenossenschaften gestattet, auch selbständige Gewerbetreibende, welche nicht mehr als 3000 \mathcal{M} Jahresverdienst haben oder regelmäßig keinen oder nur 1 bis 2 Arbeiter beschäftigen, versicherungspflichtig zu machen, eine Erlaubnis, von welcher auch Gebrauch gemacht wird. Ebenso können selbständige Hausgewerbetreibende in die Versicherungspflicht einbezogen werden. Wo die Versicherungspflicht in letzteren Fällen nicht besteht, kann für die gefährlicheren Betriebe freiwillige Versicherung Gewerbetreibender mit Einkommen unter 3000 \mathcal{M} und mit weniger als 3 Gesellen zugelassen werden.

Viel Unklarheit herrscht auch noch über die Art der Anmeldung zur Gewerbe-Unfall-Versicherung. Es sei deshalb betont, daß jeder, der eine versicherungspflichtige Beschäftigung im Sinne der obigen Ausführun-

gen beginnt, durch Beginn dieser Beschäftigung versichert ist. Es bedarf also in diesen Fällen keiner Anmeldung. Wer sich aber freiwillig versichern will, der muß sich bei der Genossenschaft besonders anmelden.

Aus diesen kurzen Erläuterungen ergibt sich für die Mitglieder der Genossenschaften die Notwendigkeit der rechtzeitigen Einreichung richtiger Lehnnachweisungen, denn diese bilden die Unterlagen zur Umlageveranlagung.



Verschiedenes.

Für die Praxis.

Staubbekämpfung bei Frost. Das städtische Tiefbauamt in Karlsruhe hat in diesen Tagen zum erstenmal umfangreiche Versuche gemacht, um festzustellen, inwieweit sich Chlormagnesiumumlage zur Staubbekämpfung bei Frostwetter verwenden läßt. Der Erfolg ist bis jetzt als gut zu bezeichnen. Die Lauge, die auf Pflaster- und Schotterstraßen und auf Zementwegen ausgegossen wurde, hat die Straßen ohne Eisbildungen ständig feucht gehalten. Bewährt sich die Lauge auch bei höheren Kältegraden, so ist den Stadtverwaltungen ein wertvolles Mittel in die Hand gegeben, die Straßen auch bei schneefreiem Frostwetter staubfrei zu halten, insbesondere auch sie ohne die bisher leider nicht zu vermeidende unangenehme Staubenentwicklung zu reinigen.

Behördliches, Parlamentarisches usw.

Baupolizeiforderung. Die neue Baupolizeiforderung für die Städte und stadtähnlichen Ortschaften des Regierungsbezirks Allenstein ist als Sonderbeilage zu Stück 52 des Amtsblattes der Königl. Regierung zu Allenstein veröffentlicht worden. Die Verordnung tritt am 1. Februar 1914 in Kraft.

Die Arbeitslosenversicherung im preussischen Landtage. Der Reichskanzler hat als preussischer Ministerpräsident bei der Etatsberatung im Abgeordnetenhaus erklärt, daß die Frage einer Reichsarbeitslosenversicherung zu Allenstein veröffentlicht worden. Die Verordnung tritt am 1. Februar 1914 in Kraft.

Die Verluste der Bauhandwerker. Im Auftrage des Handelsministers hat das statistische Landesamt Erhebungen über die Verluste der Bauhandwerker veranstaltet. In Verfolg dieser Umfrage fand jüngst im statistischen Landesamt eine Konferenz unter Beteiligung von Vertretern des Handwerks statt. Wie in der letzten Vorstandssitzung der Berliner Handwerkskammer von dem Syndikus Dr. Heinzig berichtet wurde, wurden in dieser Konferenz die Ergebnisse der Erhebungen leider nicht bekanntgegeben. Die Verhandlungen, die informativischer Natur waren, bezogen sich auf die Ursachen der Verluste, die Mittel zur Abhilfe und auf die Frage, welche Einwirkung die Einführung des zweiten Teiles des Gesetzes zur Sicherung der Bauforderungen auf andere interessierte Kreise ausüben werde. Über diese drei Fragen wurden eingehende Berichte erstattet, an die sich Erörterungen knüpften. Wenn in der Konferenz eine Einigung der verschiedenen Ansichten nicht erzielt wurde, so war es doch möglich, einzelne Irrtümer aufzuklären. Über das Ergebnis der Konferenz wird an den Handelsminister berichtet werden. — Im Anschluß daran wird über Maßnahmen gegen den Lauschwinderlemer gemeldet: Dem preussischen Landtage wird voraussichtlich bald eine Denkschrift über die von der Staatsregierung angestellten Erhebungen wegen

der von Handwerkern bei Bauten erlittenen Verluste an Bauforderungen zugehen. Die angestellten Ermittlungen umfaßten die Zeit von 1909 bis 1911 und erstreckten sich auf Berlin, Breslau, Kiel, Köln, Kassel, Dortmund, Stettin usw. Es handelt sich darum, festzustellen, welche Ausfälle Handwerker bei der Zwangsversteigerung von Neubauten an ihren Bauforderungen erlitten haben. Die Denkschrift wird die Grundlage bilden für die Prüfung der Frage, ob der zweite Teil des Gesetzes über die Sicherung der Bauforderungen für einzelne Orte und Gebiete in Kraft zu setzen ist oder nicht.

Verbands-, Vereins- usw. Angelegenheiten.

Bauberatung und Baupolizei. (Hauptausschuß für Bauberatung.) Am 6. Dezember 1913 fand in Berlin eine Konferenz des Hauptausschusses für Bauberatung der Zentralstelle für Volkswohlfahrt statt (vgl. „Ostd. Bau-Zeitung“ Nr. 100. S. 603/1913), bei der Stadtbaurat Dr. Höhle in Harburg zur Feststellung des Ergebnisses eine Reihe Leitsätze in Anregung brachte. Die Versammlung hat die Leitsätze dem Ausschuß zur weiteren Bearbeitung überwiesen. Aus ihnen geht das Verhältnis zwischen Baupolizei und Bauberatung hervor und sie verdienen darum besonderes Interesse. Die Leitsätze haben folgenden Wortlaut:

1. Die Bau-Polizeiverordnungen sind von ästhetischen Ballast freizuhalten.
2. Vorschriften, die zu einem künstlerischen Zwang führen, sind zu vermeiden.
3. Es empfiehlt sich, die Grenze der Bebaubarkeit nicht in Hauptgesimshöhe zu ziehen, sondern zur wirtschaftlichen Ermöglichung gut wirkender Dächer einen teilweisen Ausbau der Dachböden zu gestatten.
4. Die Baupolizeibehörden 1. Instanz müssen Dispensbefugnisse haben, um Werken von besonderer architektonischer Bedeutung die Wege zu ebnen.
5. Die Bauvorlagen sollen den architektonischen Inhalt des Bauwerkes in zweifelsfreier Weise festlegen. Die Fassadenzeichnungen sind in einem größeren Maßstab als die Grundrißzeichnungen, etwa 1:50, anzufertigen.
6. Die gesetzlichen Unterlagen, welche insbesondere der § 4 des Gesetzes gegen Verunstaltung (Preussisches Gesetz vom 15. Juli 1907) bietet, sind weit mehr als bisher zu Ortsstatuten zu verwenden, um neuzeitliche Straßenzüge und Stadtviertel von künstlerischer Einheit schaffen zu können.
7. Als wesentlicher Statutinhalt genügt: Das Einzelwerk soll sich einheitlich in das Straßenbild und Stadtbild einfügen. Hauptgesimse und Dachfirste sollen unter gewöhnlichen Umständen, wenn irgendwie erreichbar, durchlaufen.
8. Als Organ für die Handhabung empfiehlt sich ein Sachverständigen-Ausschuß. Das freie Spiel der Kräfte soll durch diesen jedoch nicht beschränkt werden.
9. Die Bauberatungsstellen, die sich unter allen Umständen in Stadt und Land empfehlen, haben dafür zu sorgen, daß die Bebauungspläne ihren künstlerischen und hygienischen Absichten entsprechend zur Durchführung gelangen.

Inhalt.

Das Eigenwohnhaus des Bürgers. — Die Lohnnachweisungen für die Berufsgenossenschaften. — Verschiedenes.

Abbildungen.

Blatt 17—20. Architekt Toni Schwingen in Oberhausen: Arbeiterhäuser für je vier Familien.